



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/78

Hannover, den 6. Juli 1949

"Ohne die deutsche Sozialdemokratie...."

=====

R.D. Die von Dr. Schumacher in Gelsenkirchen getroffene Feststellung: ohne die deutsche Sozialdemokratie wäre die Demokratie in Mitteleuropa bereits liquidiert, und ohne sie ständen, wenigstens ideologisch, die Sowjets am Atlantik, hat die CDU an einer empfindlichen Stelle getroffen und gab ihren "Ruhr-Nachrichten" kürzlich Anlass, in einem "oder 1933 noch 1946" überschriebenen Artikel Stellung zu nehmen. Aber das Archiv dieser Zeitung ist offenbar nicht ganz in Ordnung.

Es wird z.B. die Behauptung aufgestellt, der Mangel an innerem Widerstand der Sozialdemokratie habe die Wahlsiege der Nazis in den Jahren 1930/33 ermöglicht, denn ihre Reichstagsmandate seien in dieser Zeit von 143 auf 103 abgesunken, besonders zwischen der Wahl vom 6.11.1932 und der Wahl vom 5.3.1933, und zwar alle in in dieser Zeit um 18 Mandate. Die Stimmenverluste von 1930 bis 1932 hätten "fast zwei Millionen" betragen. Tatsächlich gingen diese Mandate auf 120 zurück und zwischen 1932 und 1933 verlor die SPD einen ganzen Sitz. Der absolute Stimmenverlust zwischen 1930 bis 1933 war 1,39 Millionen, er trat bei den Wahlen vom 31.7.1932 und vom 6.11.1932 ein und kam ganz eindeutig den Kommunisten zugute, die in dieser Zeit 1,4 Millionen Stimmen und 23 Mandate gewannen. Man kann die Radikalisierung dieses Teiles der Wählerschaft bedauern, doch muss man sie aus den Zeitverhältnissen verstehen. Man kann aber diesen Wählern und ihren Abgeordneten keineswegs den Vorwurf machen, die Nationalsozialisten in den Sattel gehoben zu haben, wie etwa denen, die für das Ermächtigungsgesetz stimmten.

In einer gleich entstellenden Weise schildern die "Ruhr-Nachrichten" gewisse Begleitumstände bei der Zwangsvereinigung zur SED in der Ostzone. Sie versuchen mit dem Hinweis, dass es "auch bei uns" (dh. die CDU) Abtrünnige gegeben habe, die Ostzonen-CDU der Richtung Friedensburg mit der kämpfenden Sozialdemokratie in eine Reihe zu bringen. Sie zählt Grotewohl, Fechner, Ebert jr., Schöpfelin als Beispiele auf. In Wirklichkeit waren es die Berliner Sozialdemokraten, die "nein" sagten und den offenen Kampf gegen

den totalen Machtanspruch der SED schon mit vielen Opfern bezahlten, als selbst der spätere Neinsager Jakob Kaiser noch von einer Verständigung mit den sowjetisch gelenkten Terroristen schwärmte und nicht nur zweimal den Versuch unternahm, auch die Sozialdemokraten mit ihnen an einen Tisch zu bringen, sondern die SPD noch des Parteiegoismus beschuldigte, als sie dieses Ansinnen rundweg ablehnte. Für ihn waren damals die neuen Kz-Häftlinge der Ostzone nur ein sozialdemokratischer Vorwand. Sozialdemokraten der Ostzone waren es aber, die diese neuen Kz-Lager füllten, während die CDU und LDP in "Blockpolitik" machten, sich in der Hoffnung wiegend, das Erbe der SPD antreten zu können. Ja, sie machen, wenn auch unter Schwierigkeiten, ihre Blockpolitik noch heute, denn der Russe weiss, dass diese Parteien keine echte Gefahr sind.

Aber selbst hier im Westen, wo man, ohne Gefahr für Gesundheit und Leben, seine Widerstandskraft einsetzen könnte, hier im Westen setzten sich um des Geschäftes oder auch des politischen Geltungsbedürfnisses willen die Erhard und Pfinder mit den Abgesandten des terroristischen Ostens an einen Tisch, ohne zuvor die Freilassung der Kriegsgefangenen, der Verschleppten und der Kz-Häftlinge gefordert zu haben. - Sicher, es hat auch "bei uns" (in diesem Fall der SPD) Renegaten gegeben und wir schämen uns um ihretwillen, aber gekämpft um die Erhaltung der Demokratie, bedingungslos und ohne Kompromisse, hat nur die Sozialdemokratie. Es gibt drei einwandfreie Zeugen dafür; sie mag man befragen: die Berliner, die westdeutsche KP und die östliche Besatzungsmacht. (b/B18/296/1/he)

#### Selbstkennzeichnung der "Welt"

Fritz Heine vom Vorstand der SPD teilt uns mit:

"Die Welt" hat, beginnend mit ihrer Ausgabe vom 6. Juli, auf der zweiten Seite in der annähernd kleinsten verfügbaren Schrifttype eine ständige Selbstkennzeichnung aufgenommen. Es handelt sich um die sehr verspätete und völlig unzureichende Erfüllung der Zusage, in jeder Ausgabe klar den britisch-kontrollierten Charakter der Zeitung sichtbar werden zu lassen, so wie es die "Neue Zeitung" in München tut, die unter ihrem Titel in angemessener Grösse den Vermerk trägt "Die amerikanische Zeitung in Deutschland." Die Verhandlungen um eine entsprechend deutliche Selbstkennzeichnung der "Welt" sind seit Monaten im Gange. Die letzte feste Zusage sollte zusammen mit dem täglichen Erscheinen der "Welt" erfüllt werden, damit wenigstens ein gewisser Ausgleich für die Illoyalität geschaffen würde, die in dem vorzeitigen täglichen Erscheinen gegenüber allen anderen Zeitungen der britischen Zone liegt.

Jetzt wird nun die Tatsache der englischen Kontrolle der Zeitung zwischen mehr oder weniger anfechtbaren Behauptungen über ihre angebliche Überparteilichkeit und Objektivität und den Gemeinplatz des Bemühens um wahrheitsgetreue Berichterstattung so versteckt wie möglich untergebracht. Auf das schärfste muss man sich aber gegen die Feststellung wenden, die britische Kontrolle sollte gewährleisten, dass die Zeitung ihre Aufgabe erfüllt, "das demokratische Denken zu fördern, indem sie zur Bildung einer "gesunden öffentlichen Meinung in Deutschland beiträgt". Das heisst nichts anderes, als dass die Zeitungen, die ohne solche Kontrolle arbeiten - und das sind alle übrigen der britischen Zone - eine solche Gewähr nicht bieten. Darin liegt eine unerhörte und durch nichts bewiesene Unterstellung. Aufmachung und Inhalt dieser Selbstkennzeichnung der "Welt" erscheinen uns als ausgesprochen unfair. - - - - -

Mitgliederbewegung der tschechischen Staatspartei

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Landes ist die tschechische KP die grösste kommunistische Partei der Welt. Während sie im März 1946 1.159.164 Mitglieder hatte, verfügt sie jetzt über 2.311.060. 78 Prozent oder 1.788.381 sind ordentliche Mitglieder und 522.685 sogenannte Kandidaten. 33 Prozent der ersteren und 22 Prozent der anderen Gruppe sind Frauen. Da die Bevölkerung der Tschechoslowakei etwa 12 Millionen beträgt, ist somit jeder fünfte Einwohner Mitglied der KP.

Nach dem Staatsstreich im Februar 1948 begann eine enorme Propagandakampagne, um neue Massen der Partei zuzuführen. Die Parteipresse überschlug sich damals in grossen Schlagzeilen, um Masseneintritte zu erzielen. Heute dagegen findet man plötzlich, dass die Methode der Massenrekrutierung von Mitgliedern verderblich gewesen sei, da man vor allem bei der "Werbung" in der Beamtenschaft nicht die Vergangenheit der "neuen Genossen" genügend untersucht habe.

Ein Reinigungsprozess war also notwendig. Diesen fielen in den letzten Monaten - nach Angabe des Parteisekretärs Slansky - bereits 107.133 Mitglieder zum Opfer. Weiterhin beschloss der 9. Parteikongress Ende Mai, dass vorläufig nur noch Arbeiter aufgenommen werden sollen. Bis zum Februar 1948 kamen fast 60 Prozent der Parteimitglieder aus der Arbeiterschaft. Ihr Anteil fiel bis auf 45 Prozent im Mai 1949, da ca. 20 Prozent der neuen Mitglieder aus dem Mittelstand kamen. Hier handelte es sich hauptsächlich um Angestellte, Beamte usw., die im totalitären Staat immer ihre Fahne nach dem Winde hängen.

Seltsam ist jedoch, dass die Parteiführung selbst von "waschechten Proletariern" nur diejenigen aufnehmen will, die sich als "Stachanovisten" oder "Henneckes", wie sie in der Ostzone auftreten, qualifiziert haben, d.h., sie müssen ihre Arbeitsnormen drei Monate lang vor ihrer Aufnahme in die Partei überschritten haben. Angeblich sind nur 11 Prozent der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung als Stachanovisten anerkannt. Somit wird nur eine verschwindend geringe Anzahl von Arbeitern die Möglichkeit haben, in die KP aufgenommen zu werden. Es scheint, dass auch in der Tschechoslowakei das Beispiel der Sowjets befolgt wird, indem man die Parteikader nur aus Mitgliedern der "neuen Aristokratie" auffüllt.

H.P.

Flüchtlingshilfe oder Sklavenmarkt?

Aus Chile schreibt uns unser P.H.-Mitarbeiter:

Die "Internationale Flüchtlingsorganisation" bemüht sich um die Unterbringung der vielen Hunderttausende, die durch den Krieg ihre Heimat verloren haben und für die Europa keinen Platz hat, tut gewiss ihr Möglichstes, um ihre Schutzbefohlenen in einwandfreier Weise in der Welt unterzubringen. Leider aber scheint sie in diesem Bemühen nicht in derselben lautereren Weise von den Regierungen und Verwaltungen der Länder unterstützt zu werden, die sich bereit erklärt haben,

Entwurzelte (Displaced Persons), aufzunehmen. Im Gegenteil: einzelne Regierungen sehen offenbar in diesen Menschen ein Reservoir, aus dem man in derselben Weise schöpfen kann, wie in früheren Zeiten auf den grossen Sklavenmärkten. Die Ankommenden werden in Lagern unter Polizeiaufsicht gesammelt, die wenig besser als Konzentrationslager sind und dort den Arbeitgebern - auch fiskalischen Unternehmungen - in einer Weise vorgeführt und angeboten, die sich kaum von der Art unterscheidet, in der man früher Sklaven verhandelte. Anklagen sind in dieser Beziehung vor allem gegen einige südamerikanische Staaten wie Brasilien, Chile, Venezuela zu erheben, ganz abgesehen von mittelamerikanischen Staaten, deren Treiben in dieser Beziehung sogar der internationalen Flüchtlingsorganisation zu bunt wurde, so dass man "vorläufig" dort hin keine weiteren Flüchtlinge schickt.

Chile will z.B. nur bestimmte Spezialtechniker aufnehmen, seine amtliche Auslesekommission geht dabei jedoch so rigoros vor, dass sie eben erst wieder 80 Prozent der ihr angebotenen Flüchtlinge abgelehnt hat. Techniker früherer Transporte mussten sich verpflichten, mit Kontrakten als ungelernete Arbeiter hochqualifizierte technische Arbeiten zu leisten, für die gesetzlich sogar die Angestellteneigenschaft vorgeschrieben ist. Brasilien schickt seine Flüchtlinge in malarieverseuchte Gegenden, ohne auch nur die geringsten sanitären Schutzmassnahmen. Ob es richtig ist, was man in der Lebewelt der Copacabana, dem Luxusviertel von Rio de Janeiro erzählt, dass die weiblichen, als Lehrerinnen und Hausangestellte zugelassenen Flüchtlinge vor allem jung, hübsch und willig sein müssen, sollte einmal die internationale Flüchtlingskommission untersuchen. Die venezolanische Militärregierung setzt die Flüchtlinge ein, um den Widerstand der Arbeiter der Petroleumfelder, die ingesheim ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufrechterhalten, zu brechen. Argentinien schickt seine Flüchtlinge in die Sturm- und Eiswüste Patagoniens, wo der ehrgeizige Präsident Peron strategische Eisenbahnen und Kriegshafen baut. Es muss jedoch zugegeben werden, dass sie dort wenigstens den gleichen, relativ hohen Lohn und die Arbeiterschutzmassnahmen der einheimischen Arbeiter geniessen. Aber man verbietet ihnen, in anderen, gesünderen Teilen des Landes sich Arbeit zu suchen. Auf jeden Fall verhält sich das "freie Amerika" recht wenig freiheitlich gegenüber den europäischen Flüchtlingen und das Eingreifen einer internationalen Schutzinstanz, sei es des internationalen Arbeitsamtes oder einer internationalen Gewerkschaftskommission, ist dringend geboten.

- - - - -

Was Niedersachsen recht ist...

sp. Etwa 15 bis 16.000 Mark zahlt das Durchgangslager Uelzen im Monat an die Reichsbahn für diejenigen Ostzonen-Flüchtlinge, denen der Auszug nach peinlicher Prozedur verweigert worden ist und die mit einem Freifahrtschein nach Schöningen bei Helmstedt zurückgeschickt werden. Die monatlichen Kosten für Lebensmittel dürften ca. 50 - 60.000 Mark betragen, dazu kommt der Aufwand für etwa 180 Angestellte und Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Lagerbetriebes, dazu kommen die Verwaltungskosten für das Lazarett usw. Wenn Zahlen etwas sagen, der kann sich ungefähr eine Vorstellung von der finanziellen Belastung machen, die Uelzen für den niedersächsischen Etat bedeutet. Er wird im Jahr auf

Millionenbeträge kommen.

Aber nicht die finanzielle Belastung hat Flüchtlingsminister Albertz veranlasst, die Schliessung des Lagers zu empfehlen. Uelzen ist die grosse Schleuse für den legalen Ost-Weststrom. Etwa 600.000 Flüchtlinge sind seit 1945 mit der Bitte um Aufnahme nach Uelzen gekommen und rund 486.000 davon ist der Zuzug im Namen des Asylrechtes gewährt worden. Es fehlen genaue Angaben darüber, wieviel von den Aufgenommenen in andere Länder abgesickert sind. Schätzungen sprechen von etwa einem Drittel. Das besagt, dass Niedersachsen über das Asylrecht allein 350.000 Flüchtlingen zusätzlich zu seinem beachtlichen Flüchtlingskontingent bekommen hat, die anderen Länder der britischen Zone zusammen 135.000. In der amerikanischen Zone hat nur Bayern Ähnliches mit den illegalen Einwanderungen geflüchteter Sudetendeutscher erlebt, aber bei weitem nicht in dieser Masse. Alle anderen Länder der US-Zone und die gesamte französische Zone blieben von den Auswirkungen des Asylrechtes verschont.

Was Niedersachsen recht ist, müsste den anderen billig sein. Bisher war es den anderen Ländern teuer - man denke nur an das Kopfgeld von 200 Mark für die Umsiedler in die französische Zone. Minister Albertz hat nun die Schliessung des Lagers verlangt, bis die anderen Länder sich einverstanden erklären, einen entsprechenden Anteil der Ostzonenflüchtlinge zu übernehmen. Wenn es dazu kommen sollte, wäre die Massnahme zu bedauern, aus politischen, wie aus menschlichen Gründen. Für den Widerstand der Ostzone gegen Besatzungspolitik und Gleichschaltung war bisher Uelzen der letzte Ausweg, wenn GPU oder Volkspolizei zugriffen. Fällt auch das weg, werden die Auswirkungen auf den Untergrundkampf nicht ausbleiben. Der Westen wird dann den Vorwurf in Kauf nehmen müssen, dass er den Osten in seinem Kampf gegen die Unterdrückung in einem entscheidenden Moment im Stich gelassen hat.

Die englische Besatzungsmacht hat diese Bedeutung des Asylrechtes erkannt, sie beharrt weiterhin auf dessen uneingeschränkter Durchführung. Wollen sich die Deutschen vorwerfen lassen, dass sie in einer ureigenen Sache politisch weniger klug gedacht haben, als die Engländer, wenn sie schon menschlich versagt haben? Die Zustände im Lager von Uelzen waren zum Himmel schreiend, aber nicht deutsche, sondern ausländische Spenden haben eine Milderung herbeigeführt. Zu einer Zeit, da man Millionen von Mark aus Prestigegründen für eine neue Bundeshauptstadt hinauswirft, fehlte es im Lager Uelzen an den einfachsten Apparaten zur Feststellung von Lungentuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Vier Jahre lang wurden die zwei Sauchen unkontrolliert eingeschleppt. Erst ausländische Spenden haben einen Wandel geschaffen. Will man nun wieder erst ein Diktat der Besatzungsmächte abwarten, das die Länder zu einer anteilmässigen Übernahme der Ostzonenflüchtlinge verpflichtet? Uelzen ist fürwahr ein beschämendes Beispiel westdeutscher Solidarität, sowohl der Länder untereinander, als auch gegenüber dem kämpfenden Osten.

## Soforthilfe für minderbesoldete Beamte

(sp) In Zeiten besonderer materieller Not liegt das Schwergewicht aller Soforthilfe in einer sozial gerechten Verteilung der vorhandenen Mittel. Von dieser Erkenntnis ausgehend ist es Pflicht, bei den sozial schwächsten Teilen mit den Hilfsmassnahmen zu beginnen. Unter diesem Gesichtspunkt setzt sich die SPD auch bei angespanntester Kassenlage für eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der im öffentlichen Dienst stehenden ein. So gelang es der SPD/Fraktion im niedersächsischen Landtag, für alle Beamten bis zu einem Grundgehalt von 350,- DM (ohne Wohnungsgeld) die Zulage von sechs Prozent ab 1.4.1949 durchzusetzen.

Alle weiteren Veränderungen der Besoldungsordnung, deren Inkrafttreten zum 1.9.1949 angestrebt wird, sind noch im Finanzausschuss zur Prüfung. Es dürfte auf allgemeines Verständnis stossen, dass vorweg den Bedürftigen grundsätzlich geholfen wurde. Die Regelung kann zugleich den Ländern zur Nachahmung empfohlen werden, die wie Niedersachsen zu finanzschwach sind, um eine generelle Aufbesserung vorzunehmen. D.

\* \* \* \* \*

## "O d e s s e"

In diesem Zusammenhang handelt es sich nicht um die südrussische Stadt, sondern um die Abkürzung einer fingierten "Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen". Der sie erfand und mit ihr unerhört erfolgreich hausieren ging, war ein Hochstapler, der sich mit der Erzählung angenehm einführte, er sei ehemaliger SS-Major und aus einem Internierungslager entflohen. 3/4 Millionen D-Mark in barem Geld und eine Unzahl von Wertgegenständen (Schreibmaschinen, Leicas, Gemälden und Schmuck) fielen ihm zu, so wurde berichtet. Dass es immer wieder erfolgreiche Hochstapler gibt, ist kein Wunder, solange menschliche Dummheit menschliche Frechheit zum Betrug herausfordert. Aber die Methode ist interessant: Robert Rathke, alias Baron von Strachwitz, wusste sehr genau, dass die Berufung auf eine Kz-Haft von zwei Jahrzehnten, auf entsetzliches Flüchtlingselend oder unheilbare Krankheit seinem Zwecke kaum dienen werde. Aber die "Not" ehemaliger SS-Angehöriger oder vielleicht auch Kreisleiter und sonstwie waschecht eingefärbter Nazis führt, ach, so viele gute Seelen bis zur Hergabe der Leicas und der Schreibmaschinen. Diese guten Seelen werden sich, dessen kann man ziemlich sicher sein, auch durch so herbe Enttäuschungen, wie die vorliegende, in dieser ihrer sehr speziell ausgerichteten Hilfsbereitschaft nicht so schnell entmutigen lassen. Der Wert eines gut konservierten Hitlerjungen ist gewiss nicht überall gleich gross. Aber dieses Beispiel beleuchtet doch recht hell einen trüben Hintergrund. Oder ist es schon ein Untergrund? (m)1/67/he

## Sozialisten Osteuropas schliessen sich zusammen

(sp) Der auf der letzten Sitzung von Comisco in Bearn angeregte Zusammenschluss der aus ihrer Heimat vertriebenen Sozialisten der osteuropäischen Staaten ist jetzt in London vollzogen worden. Der neuen Vereinigung gehören vorerst die nach dem Westen geflüchteten Vertreter der dem kommunistischen Terror zum Opfer gefallenen sozialistischen Parteien Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens an. Auf der nächsten Sitzung der neuen Vereinigung, die noch in diesem Herbst in Paris geplant ist, sollen auch die dem sowjetischen Regime entkommenen Sozialisten der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland aufgenommen werden. Die neue Vereinigung wird in Zukunft an den Beratungen der Internationalen Sozialistenkonferenz teilnehmen. (m)B42/1/67/he



Internationale Zusammenarbeit im Sozialwesen

(sp) Der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet in den Monaten Juli, August und September in Verbindung mit Vertretern des Unitarian Service Committee Boston Ferienkurse für deutsche Sozialarbeiter im Schulungsheim Vöhl (Bez. Kassel). Die amerikanischen Fachleute - Soziologen, Pädagogen, Psychologen, Ärzte - werden in Verbindung mit deutschen Fachleuten und mit den aus der Praxis kommenden Kursusteilnehmern (Fürsorgerinnen, Lehrer, Kindergärtnerinnen, Jugendleiterinnen) Fragen der pädagogisch-psychologischen Begriffsbestimmung der Praxis besprechen.

Die Arbeiterwohlfahrt betrachtet es als eine Auszeichnung, daß sie an diesem ersten bedeutsamen Versuch einer internationalen Zusammenarbeit auf sozial-pädagogischem Gebiet beteiligt ist. Sie sieht darin auch den erfreulichen Ansatz dafür, daß die Beziehungen zu den Auslandsorganisationen, die bisher im wesentlichen ein einseitiges Hilfsverhältnis darstellten, sich wandeln zu einem Verhältnis des gegenseitigen Gebens undnehmens. - Die Vertreter des Unitarian Service Committee Boston und die vom Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt entsandten Fachleute trafen sich vom 2. bis 4. Juli zu einer Vorkonferenz in Bremen, die einen ausgezeichneten Verlauf nahm. (the/Bl/57/1)he)

Glückwunsch für Friedrich Adler

(sp) Zum 70. Geburtstag Dr. Friedrich Adlers am 9. Juli hat der Vorstand der SPD, vertreten durch Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, herzliche Glückwünsche gesandt. In dem Telegramm heißt es: "Die deutsche Sozialdemokratie verbindet mit diesem Glückwunsch ihren aufrichtigen Dank für Ihr Lebenswerk im Dienste der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung! Dr. Fr. Adler war lange Jahre eine der massgebenden Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokraten. Er ist der Sohn des langjährigen Führers der SPD, Dr. Viktor Adler. Dr. Friedrich Adler verbringt seinen Lebensabend in Zürich. (m/Bl/1)he)

Viktor Gollancz unterstützt Wahlkampf. (sp) Der bekannte englische Verleger Victor Gollancz, der sich durch die Gründung der Hilfsorganisation "Rettet Europa" auch um die Notleidenden in Westdeutschland warmherzig bemüht hat, hat soeben die britischen Schriftsteller zur Teilnahme an einem Wettbewerb aufgerufen, dessen Ziel die Herausgabe einer Broschüre ist. Durch sie soll die Labour Party in ihrem Wahlkampf für die nächsten Parlamentswahlen besonders wirksam unterstützt werden. Als ersten Preis hat Gollancz einen Betrag im Gegenwert von 3.000 DM. ausgesetzt. Der Londoner Verleger begründet seinen Schritt in einem Brief an den Herausgeber des "Daily Herald" mit der Notwendigkeit, auch die nächsten Wahlen für die Labour Party zu gewinnen. "Ich gehöre zu denen", schreibt er, "die verschiedene Ziele der Labour Politik kritisiert haben und werde dies zweifellos auch in Zukunft tun. Aber ich habe und hatte nie den leisesten Zweifel, daß nicht nur die Rettung Englands, sondern letzten Endes auch die der ganzen Welt von der Fortdauer des demokratischen, sozialistischen Experiments in unserem kleinen Inselreich abhängt. Unsere Aufgabe ist es, zu beweisen, daß sozialistische Planung Hand in Hand mit größtmöglicher individueller Freiheit gehen kann. Und ich kann mir kein größeres Unglück vorstellen, als wenn wir auf halbem Wege zu diesem Ziel abgestürzt würden." - - - - - (m/B42/76/1)he)